



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Ralph Müller, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Markus Bayerbach, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Kindeswohlgefährdung beenden – Kindergärten und Grundschulen umgehend und vollständig öffnen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle im Zuge der sogenannten Corona-Pandemie verhängten Maßnahmen an Kindergärten und Grundschulen unverzüglich aufzuheben und diese Einrichtungen vollständig für alle Kinder zu öffnen. Alle pädagogisch fragwürdigen und in die psychosoziale Entwicklung der Kinder massiv eingreifenden Maßnahmen wie Kleinstgruppenbildung, Abstandswahrung und Maskentragen sind in Kitas und Grundschulen zu beenden.

Begründung:

Am 19.05.2020 erschien ein gemeinsames Papier der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene, der Deutschen Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie, der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin (DAKJ) und des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte.

In diesem Papier fordern diese vier medizinischen Fachgesellschaften die umgehende und vollständige Öffnung der Kindergärten und Schulen¹.

Maßnahmen wie Kleinstgruppenbildung, Abstandswahrung und Maskentragen haben laut des Papiers nahezu keinen positiven Einfluss auf das Infektionsgeschehen.

Nach Ansicht der unterzeichnenden Fachgesellschaften zeigen die bislang veröffentlichten Analysen über die Ausbreitungsdynamik von SARS-CoV-2 und die Verläufe von COVID-19, dass Kinder im Vergleich zu Erwachsenen eine deutlich untergeordnetere Rolle in der Verbreitung des Virus einnehmen.

Insbesondere bei Kindern unter 10 Jahren sprechen die aktuellen Daten sowohl für eine geringere Infektions- als auch für eine deutlich geringere Ansteckungsrate. Über die Ursache dieser geringeren Virus-Transmission liegen aktuell noch keine ausreichenden Belege vor, was in weitergehenden Analysen abzuklären ist.

Als Schlussfolgerung aus den verfügbaren Daten zu nicht-medizinischen Konsequenzen der Schließung von Gemeinschaftseinrichtungen, zur Infektiologie von SARS-CoV-2 und der epidemiologischen Situation in Deutschland empfahl die DAKJ bereits am 20. April 2020: „... die Wiederaufnahme des Schulbesuchs... für alle Kinder und Jugendlichen zum nächstmöglichen Zeitpunkt“. Die DAKJ weist darauf hin, dass vor und während der Schließung von Gemeinschaftseinrichtungen für Kinder und Jugendliche die Folgen für diese Bevölkerungsgruppe nicht thematisiert und die Betroffenen und ihre Fürsprecher nicht gehört wurden, womit die elementaren Rechte der Kinder missachtet wurden.

¹ <https://dgpi.de/stellungnahme-schulen-und-kitas-sollen-wieder-geoeffnet-werden/>

Sollte die Staatsregierung weiterhin an ihren überzogenen Maßnahmen festhalten, so wird unseren Kindern und Jugendlichen ein schwerer seelischer Schaden zugefügt, der manche ein Leben lang begleiten könnte.

Auch wenn in den nächsten Wochen bereits erste Lockerungen im Bereich der Kitas und Schulen umgesetzt werden sollen, sind diese immer noch weit von jenem Betreuungsalltag entfernt, der für die gesunde psychosoziale Entwicklung der Kinder so wichtig wäre.